

## Beschluss

Fridays for Future unterstützen - Klimakrise in Schleswig-Holstein anpacken

Gremium: LPT  
Beschlussdatum: 24.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

### Antragstext

1 Wir unterstützen die Schüler\*innenstreiks "Fridays for Future" und setzen uns  
2 für ihre Ziele ein, damit nachfolgende Generationen einen ähnlich bewohnbaren  
3 Planeten vorfinden, wie wir das derzeit tun. In diesem Zuge kritisieren wir den  
4 viel zu langsamen Kohleausstiegsplan der Kohlekommission und fordern die  
5 Bundesregierung zu Nachbesserungen auf, damit sie den von ihr selbst  
6 unterschriebenen Pariser Klimavertrag einhält. Grundsätzlich begrüßen wir, dass  
7 es einen Einstieg in den Ausstieg gibt. Ein Ausstieg bis 2038 wird aber den  
8 Klimazielen von Paris nicht gerecht und bietet künftigen Generation keine  
9 Lebensgrundlage. Wir wollen den Kohleausstieg bis 2030. Gleichzeitig ist es uns  
10 wichtig, Klimaschutz und Arbeitsmarktpolitik zusammenzudenken und nicht als  
11 Gegensatz zu sehen. Wir weisen darauf hin, dass durch die Energiewende deutlich  
12 mehr Jobs entstehen als verloren gehen, achten aber darauf, dass die betroffenen  
13 Regionen nicht abgehängt werden. Auch bei einem beschleunigten Kohleausstieg  
14 geben wir darauf acht, dass die Mitarbeiter aus dem Kohlebereich nicht unter die  
15 Räder kommen. Kohleausstieg und Strukturmaßnahmen müssen nun in Gesetzesform  
16 gegossen werden. Die hohen Entschädigungen an die Kohlekonzerne lehnen wir aber  
17 ab. Gleichzeitig begrüßen wir es, dass es endlich einen Einstieg in den  
18 Kohleausstieg geben soll, der aber erkennbar unzureichend ist.

19  
20 Auch unterstützen wir die Forderungen von Fridays for Future nach der  
21 konsequenten Umsetzung des 1,5-Grad-Ziels in den Klimazielen Schleswig-Holsteins  
22 und setzen uns dafür ein. Dafür wollen wir ein Treibhausgasrestbudget  
23 festschreiben, das zurzeit noch ungefähr 260 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente  
24 beträgt. Bei einer linearen Reduktion entspräche dies Klimaneutralität bis 2040,  
25 bei einem fortgesetzten Treibhausgasausstoß auf derzeitigem Niveau müssten wir  
26 sogar früher als 2040 klimaneutral werden.

27  
28 Wir peilen daher an, bis spätestens 2040 reell 100% erneuerbare Energien in den  
29 Bereichen Strom, Wärme und Verkehr bereit zu stellen. Es ist zwingend nötig, das  
30 integrierte Klimaschutzkonzept 2040 dementsprechend zu gestalten. Die  
31 Klimaschädlichkeit von Methan muss mit den aktuellen Werten des IPCC und  
32 entsprechend unseren Klimazielen gemessen werden. Bisher wird das Global Warming  
33 Potential von Methan nach 100 Jahren Zerfall gemessen. Es ist aber  
34 widersprüchlich in den nächsten Dekaden klimaneutral sein zu wollen und  
35 gleichzeitig die Werte für Methan nach 100 Jahren Zerfall zu nutzen. Die  
36 Klimaschädlichkeit beträgt nach 20 Jahren aber mindestens 86 CO<sub>2</sub> Äquivalente  
37 statt 34 CO<sub>2</sub> Äquivalenten. Für den UNFCCC-Prozess sind doppelte Statistiken zu  
38 führen.

39

40 Für das Klima zu streiken ist kein Verbrechen, sondern ziviler Ungehorsam, der  
41 unseren Respekt verdient. Diskussionen über Strafzahlungen oder ähnliche  
42 Sanktionen lehnen wir ab.

43 In der Produktion von erneuerbarem Strom ist Schleswig-Holstein  
44 richtungsweisend, muss aber noch deutlich mehr erneuerbare Energie erzeugen. In  
45 der Verkehrspolitik werden erste Anstrengungen unternommen, aber bei der  
46 Wärmewende bewegt sich in der Praxis kaum etwas. So ist der Anteil erneuerbarer  
47 Wärme in den letzten 7 Jahren lediglich um 2% gestiegen. Wir wollen eine  
48 Baupflicht für erneuerbare Wärme bei Neubauten ab 2020 und Sanierungen ab 2025,  
49 wie es sie bereits in Baden-Württemberg gibt.

50  
51 Investitionen in neue Heizungen fließen damit in Nullemissionstechnologien,  
52 nicht mehr länger in die Verbrennung fossiler Rostoffe.

53  
54 Die ersten Einspeisevergütungen für erneuerbaren Strom wurden von Kommunen  
55 eingeführt. Es ist zu prüfen, ob dies für Wärme- und Gasnetze in Schleswig-  
56 Holstein möglich ist. Die Wärmenetze müssen weiter ausgebaut werden. Dafür  
57 wollen wir aktiver auf die Kommunen zugehen, damit diese die entsprechenden  
58 Mittel auch abrufen. Wir begrüßen die Initiative der Landesregierung zu einer  
59 CO<sub>2</sub>-Steuer, die zu einer Treibhausgassteuer ausgeweitet werden sollte.  
60 Potenziale für Energieeffizienz bei Gebäuden der öffentlichen Hand müssen  
61 unverzüglich gehoben werden. Allgemein streben wir an, dass alle Neubauten den  
62 Effizienzhaus 40 Standard erfüllen und alle Sanierungen den Effizienzhaus 55  
63 Standard. Auch bei der Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien sollen  
64 Landesliegenschaften voran gehen. Wir wollen zudem Holzbau ermöglichen und zu  
65 diesem Zweck rasch das Baurecht anpassen. Es ist zu prüfen, ob ein FSC-Standard  
66 bei Holzbau verpflichtend festgelegt werden kann. Holzbau nach FSC-Standard ist  
67 auf jeden Fall finanziell zu fördern.

## Begründung

Erfolgt mündlich